Vorlage

für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Kreisausschuss	11.03.2013	Vorberatung
Kreistag	14.03.2013	Entscheidung

Tagesordnungs-Punkt	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.01.2013: Resolution für den Erhalt der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus
---------------------	---

Vorbemerkungen:

Mit Schreiben vom 30.01.2013 – vgl. **Anhang 1** - beantragt die SPD-Kreistagsfraktion eine Resolution des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises für den Erhalt der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus.

Erläuterungen:

1. Einsatz der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus:

Die mobile Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus für den Regierungsbezirk Köln ist beim NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, Appellhofplatz 23 – 25, angesiedelt.

Arbeitsschwerpunkte der mobilen Beratungsstelle sind die Beratung gegen Rechtsextremismus sowie die Bildungsarbeit. Eine entsprechende Übersicht über die Anlässe, Ziele und Zielgruppen ist als **Anhang 2** beigefügt.

Auf meine Anfrage vom 04.02.2013 ging die mobile Beratungsstelle in Köln zunächst nur auf ihre Arbeit im Rhein-Erft-Kreis ein. Erst auf erneute Abfrage vom 05.02.2013 teilte die Beratungsstelle mit, dass es im Jahr 2012 insgesamt 39 Beratungsfälle im Regierungsbezirk Köln, davon fünf im Rhein-Sieg-Kreis gegeben habe. Hinzu seien noch zwei Kurzberatungen und zwei Vorträge bei der GRÜNEN-Jugend Troisdorf am 21.06.2012 und der SPD Siegburg am 06.12.2012 gekommen. Zudem seien die Bildungsangebote von Schulen im Rhein-Sieg-Kreis genutzt worden. In welchem Umfang, wurde allerdings nicht mitgeteilt.

2. Förderung der mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus:

Seit 2008 – ab 2011 unter dem Programmnamen „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ – stellt der Bund den Ländern je 250.000 € für die Förderung von „Landesweiten Beratungsnetzwerken gegen Rechtsextremismus“ zur Verfügung. In Nordrhein-Westfalen erhalten die fünf Träger der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“, jeweils ein Träger je Regierungsbezirk, jährliche Fördermittel. Hiermit werden u. a. Stellen finanziert, Honorare für weitere Berater/innen bezahlt und Informationsmaterialien entwickelt. Die Kofinanzierung des Projektes erfolgt durch das Land. Das Bundesförderprogramm läuft Ende 2013 aus.

Am 05.02.2013 wurde die Leiterin der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus bei der Landeszentrale für politische Bildung NRW (im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW), Frau Carmen Teixeira, nach dem Sachstand und zur Zukunft des Bundesförderprogramms befragt. Daraufhin übersandte sie mit E-Mail vom gleichen Tage den Bericht der Landesregierung zu der Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 31.01.2013. Der Bericht ist als **Anhang 3** beigefügt. Danach habe die Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW, Frau Ute Schäfer, die zuständige Bundesfamilienministerin Frau Kristina Schröder angeschrieben und um Fortführung des Bundesprogramms gebeten. Eine Antwort der Bundesfamilienministerin liege allerdings noch nicht vor. Die Landeskoordinierungsstelle geht allerdings davon aus, dass das Programm weitergefördert und es zu keinen Lücken in der Förderung kommen werde.

(Landrat)

Anhänge:

- 1.) Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 30.01.2013
- 2.) Übersicht über die Arbeitsschwerpunkte der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus
- 3.) Bericht der Landesregierung zu der Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 31.01.2013